

Arbeitgeber wollen gekündigte Tarifverträge im Kfz-Handwerk nicht erneuern

Widerstand gegen die Willkür

Arbeiten lassen ohne Tarif – das ist bei Arbeitgebern jetzt Mode, auch im Kfz-Handwerk. Für Berlin, Brandenburg und Sachsen haben die Landesverbände die Tarifverträge mit der IG Metall gekündigt. Sie erklärten, sie würden auch keine mehr abschließen. Dies sollen die Betriebe künftig über eine »Tarifgemeinschaft« tun. Als am 12. Januar in Möckern (Sachsen-Anhalt) die Gründungsversammlung war, trafen die Kfz-Chefs auf 250 protestierende Metalller.

Mit der Gründung der »Tarifgemeinschaft Mitteldeutsches Kfz-Handwerk« verabschieden sich die Landesverbände aus ihrem Kerngeschäft, sagte Gerd Schulz von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen. »Es ist ziemlich egal, wenn sie ihren Verband selbst abschaffen. Wir werden aber nicht hinnehmen, dass sich die Innungen des Kfz-Handwerks aus der Tarifbindung verabschieden«, stellt Schulz fest. Die Tarifgemeinschaft sei ein Scheinverband und öffne der Willkür bei der Bezahlung der Beschäftigten Tür und Tor.

Joachim Fichtner, Autohaus Berlin:
»Konflikte um Lohn und Gehalt nicht in die Betriebe tragen«



Foto: Novum/Schmidt



Foto: Novum/Schmidt

Protestaktion von Metallern und Metallern am 12. Januar in Möckern:
Wir verteidigen unsere Tarifverträge und lassen uns nicht spalten

Nicht tarifgebundene Kfz-Firmen hätten nun erst recht keinen Anlass, die Arbeitsbedingungen verlässlich zu regeln. Überdies sei nun der Flächentarif ernsthaft gefährdet, argumentierte Schulz. »Warum sollen Innungsbetriebe eintreten und einen zweiten Mitgliedsbeitrag zahlen, um tarifgebunden zu sein?«

Kommt mit den Kfz-Arbeitgebern in Berlin, Brandenburg und Sachsen kein Tarifvertrag zu Stande, müsse sich das Gewerbe auf ein heißes Frühjahr einrichten. »Es steht uns frei, für unsere Forderung zu streiken«, betont Schulz. Laut Handwerksordnung sind Innungen Körperschaften öffentlichen Rechts und nehmen aus Steuermitteln finanziert eine wichtige Ordnungsfunktion wahr: Gleiche Wettbewerbsbedingungen durch Tarifverträge sichern.

Forderungen der IG Metall

Wir wollen, dass alle Innungsbetriebe durch ihre Mitgliedschaft in den Kfz-Innungen tarifgebunden bleiben, forderten die Kundgebungsteilnehmer in einer Resolution. Dies sei Garant für den sozialen Frieden. »Verabschieden Sie sich nicht aus dieser qualifizierten Tarifbindung. Verlagern sie die Auseinandersetzung über die Höhe von Lohn und Gehalt nicht in die Betriebe. Wir haben dort schon genug Probleme«, sagte Joachim Fichtner, Betriebsrat im Autohaus Berlin und Vizepräsident der Handwerkskammer Berlin, bei der Übergabe der Resolution an die Arbeitgeber. Sie schwiegen dazu. Denken sie jetzt darüber nach, dass vieles, was Mode ist, für den Alltagsgebrauch doch nicht taugt? ◀

Konzertierte Aktion

Beim Angriff auf die Flächentarife im ostdeutschen Kfz-Handwerk haben die Arbeitgeber den Westen fest im Visier:

- In **Niedersachsen** sind die Innungen Osnabrück und Hannover aus dem Landesverband ausgetreten; hier wie in **Bremen** sollen Tarifverträge als Anspruch für IG Metall-Mitglieder abgeschafft werden;
- in **Bayern** Kfz-Gewerbe gibt es unter Führung der Innungsobermeister bereits sieben Verbände ohne Tarifbindung; der Landesinnungsverband steht derzeit ohne Geschäftsführer da – und damit ohne Verhandlungsführer;
- in allen Kfz-Tarifgebieten sagen Arbeitgeber, Tarifverträge seien »nicht zeitgemäß«.

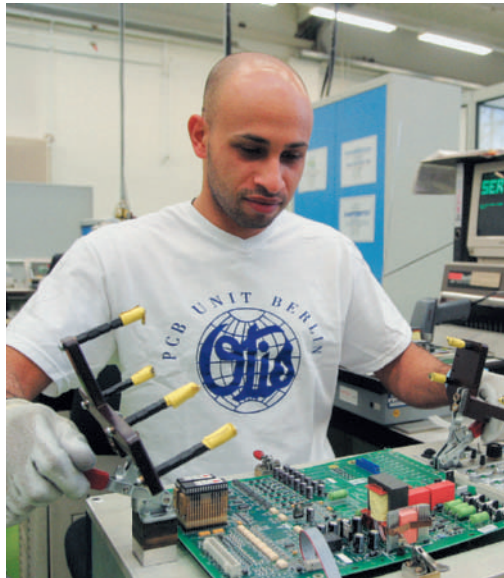
Entgelttrahmentarifvertrag

Tarifreform: Berlin Top – und Sachsen?

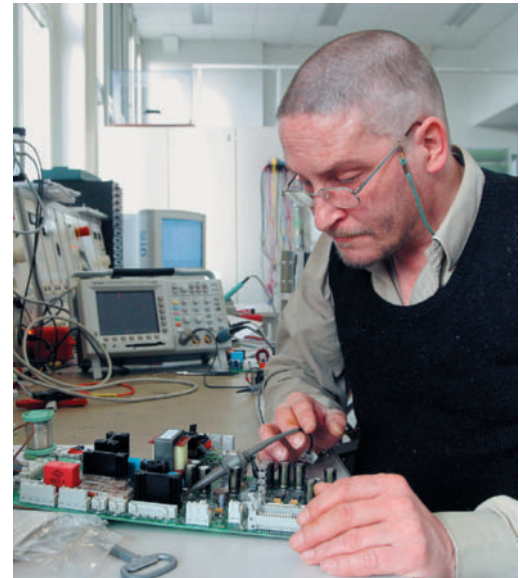
Die Verhandlungen zum Entgelt-
rahmen für Arbeiter und Ange-
stellte (ERA) sind in Berlin und
Brandenburg auf der Zielgera-
den. Sachsens Arbeitgeber aber
bremsen, wo sie können.

Für Berlin und Brandenburg er-
zielte die IG Metall bereits vier
Teilergebnisse. »Wir sind mit den
Arbeitgebern einig: Das Reform-
tarifwerk wird bis 30. Juni 2005
vollendet«, berichtete Bezirkslei-
ter Olivier Höbel in der ersten
Sitzung der Tarifkommissionen
im neuen Jahr. Diese gaben ihm
und der Verhandlungskommissi-
on einmütig grünes Licht für die
bisherigen Ergebnisse:

- Definition von 13 Entgeltgrup-
pen,
- Entgeltbestimmungen und
Eingruppierungsgrundsätze,
- Grundsätze und Methoden der
Entgeltermittlung,
- Festlegung der Entgeltstufen.
Prinzip dieses neuen, im Dezem-



Fotos: Transil Berlin



Wer ist Arbeiter, wer Angestellter? Das spielt beim Entgelt keine Rolle mehr. Beahlt wird, was am konkreten Arbeitsplatz gefordert ist und geleistet wird. Das heißt: Es gibt gleiches Geld für gleichwertige Arbeit.

ber ausgehandelten Ergebnisses
ist: Weil die meisten Entgelt-
gruppen eine oder zwei Zusatz-
stufen bekommen, wird der Auf-
stieg in höhere Gruppen leichter.

Die Situation in **Sachsen** wurde
in der Tarifkommission ausführ-
lich diskutiert. Es bestand Einig-
keit: Der Verband der sächsi-
schen Metall- und Elektroindus-

trie (VSME) darf nicht aus
seiner Verantwortung für
die Modernisierung unserer
Tarifverträge entlassen wer-
den. ◀

Ostdeutscher Arbeitsmarkt

Diagnose 2008: Akuter Fachkräftemangel bedroht die Kleinen

Während der Arbeitsmarkt von
einem Negativrekord zum näch-
sten eilt, zieht für viele kleine und
mittlere ostdeutsche Unterneh-
men neues Ungemach herauf:

Ab 2008 steht die Überlebens-
frage neu. Diagnose: Fachkräfte-
mangel.



Fotograf: Privat

metall sprach mit **Heinz Apel**,
Koordinator des Netzwerks Per-
sonalentwicklung »p.net« – ein
Projekt, das die IG Metall und das
Land Brandenburg unterstützen.

metall: Deine Prognose klingt
düster und angesichts der ak-
tuellen Arbeitsmarktdaten auch
unwahrscheinlich ...

Apel: Sie ist realistisch, denn sie
basiert auf Fakten, an denen kei-
ner vorbei kommt.

metall: Welche sind das?

Apel: Das Geburtstief der 90er
Jahre trifft 2008 frontal auf einen
massenhaften Eintritt heutiger
Facharbeiter in den Ruhestand.
Diese demografische Schieflage
wird noch dadurch verschärft,
dass sehr viele Betriebe auf die
Ausbildung eigener Facharbeiter
verzichten. Hinzu kommt, dass
zu viele junge, qualifizierte Men-
schen in die alten Bundesländer
abwanderten, weil sie dort mehr
verdienen und verlässliche, tarif-
lich geregelte Arbeitsbedingun-
gen vorfinden.

metall: Worin liegt die Gefahr?

Apel: Die meisten betroffenen
Betriebe erkennen den Ernst der
Lage nicht oder nehmen das
Problem noch nicht zur Kennt-
nis. Repräsentative Analysen zur
Altersstruktur zeigen, dass die
Belegschaften in der Metall- und
Elektroindustrie bei uns im
Schnitt 45 bis 50 Jahre alt sind.
Die Altersgruppe der 20- bis 35-
Jährigen ist nach vielen Entlas-
sungswellen der letzten Jahre
sehr dünn besetzt. Die Betriebe,
die sich erfolgreich am Markt
etabliert haben, werden bald bis
zu 40 Prozent ihrer heutigen
Leistungsträger verlieren.

metall: Die Firmen können sich
doch Ersatz aus dem Heer der
Arbeitslosen holen.

Apel: Das glauben viele, aber sie
irren sich. Die Fachkräfte mit der

konkret erforderlichen Quali-
fikation werden sie am Ar-
beitsmarkt nicht finden.

metall: Was muss geschehen?

Apel: Man muss heute den
Personalbedarf für morgen
analysieren und Qualifizie-
rung planen. Wir haben als
Berater für kleine und mittlere
Unternehmen gute Erfolge
mit maßgeschneiderter Qua-
lifizierung. Wichtig ist, sinn-
lose Umschulungen zu ver-
meiden. Das Thema Personal-
entwicklung wird für die IG
Metall und ihre Betriebsräte
bald mindestens so wichtig
wie die Tarifpolitik.

Kontakt zum p.net:

Netzwerk Personalent-
wicklung. Telefon: 030-
25 93 19 60. Internet: www.p-net-brandenburg.de ◀

ZF Lenksysteme Berlin

Standort bis 2011 sicher

450 Stammbeschäftigte von ZF Lenksysteme (ZF LS) Berlin können aufatmen: Der Standort ist bis 2011 gesichert, die Arbeits- und Ausbildungsplätze bis 2009.

Eine so langfristige Standort- und Beschäftigungssicherung gibt es bisher nirgends in der Auto-Zulieferindustrie. Gemeinsam mit der IG Metall gab die Berliner Belegschaft den wohl wichtigsten Impuls. »Am Anfang stand das Ansinnen unserer Geschäftsführung, perspektivisch die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich einzuführen, oder die Produktion nach Ungarn zu verlagern. Wir hätten 200 Arbeitsplätze verloren«, sagt die Betriebsratsvorsitzende Nicole Bock. »Unsere Zustimmung hätte den Weg frei gemacht, die Arbeitszeit

an allen Standorten zu verlängern. Dagegen hilft nur: Zusammenhalten und die IG Metall einschalten.«

Eine Lösung für alle – dieser Forderung folgten Vertrauensleute und Betriebsräte aus Bietigheim, Bremen und Schwäbisch Gmünd. Eindrucksvolle Aktionen der Belegschaften unterstützten die Verhandlungen. Alle sind froh über die neue Sicherheit, auch wenn sie etwas kostet: Die Tarifeinkommen werden 2007 eingefroren, die Entgeltlinie sinkt um 2,79 Prozent. ZF spart dabei 25 Millionen Euro. »Aber keiner wird 2007 weniger verdienen als heute, und die Arbeitszeit wird nicht verlängert – ein Punktsieg für die Mitbestimmung«, sagt Nicole Bock. ◀



Haben sich nicht erpressen lassen: Die Kolleginnen und Kollegen von ZF Lenksysteme Berlin setzten mit der IG Metall auf eine Lösung für alle

Tarifvertrag für Standorte der Weigl-Gruppe

Autozulieferer Weigl geht auf IG Metall zu

Hinter den Betriebstoren der Weigl-Gruppe in Südbrandenburg und Sachsen kocht ein Konflikt hoch. Franz Josef Weigl, Gründer und Vorstand des Automobilzulieferers, sah sich zum Eingreifen gezwungen. Einen besonders rabiaten Geschäftsführer kostete das bereits den Job.

Was ist da eigentlich los? In den Standorten **Glauchau** und **Reichenbach** wurden Tarifsenkungen auf die Tagesordnung gesetzt. Die Wunschliste: Statt 30 Urlaubstagen soll es nur noch 24 geben, das Weihnachts- und das zusätzliche Urlaubsgeld werden gekürzt. Außerdem soll die 42-Stunden-Woche eingeführt werden – ohne Lohnausgleich.

Finstere Machenschaften

Das Management in **Finsterwalde** trieb es noch ärger. »Geschäftsführer Hacker wollte einen Son-

deritarifvertrag durch Einzelarbeitsverträge brechen«, sagt Ralf Köhler von der IG Metall Südbrandenburg. Die IG Metall hatte 2003 einer befristeten Absenkung von Weihnachts- und Urlaubsgeld und beim Monats-



Weigl-Gießerei in Finsterwalde: Draußen Ruhe, drinnen Turbulenzen

lohn zugestimmt. Im Gegenzug hatte sich die Firma zu dringenden notwendigen Investitionen verpflichtet, die die Gesundheit der Beschäftigten und die Zukunft des Standorts sichern sollten. Hacker kassierte den Tarifverzicht der 150 Beschäftigten, aber Investitionen kamen nicht.

Also kündigte die IG Metall den Sondertarifvertrag, und eine Rückzahlung der Differenz zum vollen Tarif wurde fällig. Hacker sah rot, kündigte nun alle Tarifverträge mit der IG Metall und drängte den Beschäftigten Einzelarbeitsverträge auf. »Deren Bedingungen grenzen an Sittenwidrigkeit«, sagt Bernd Spitzbarth, Verhandlungsführer der IG Metall. So sollte die Bezahlung davon abhängig werden, in welchen familiären Verhältnissen die Beschäftigten leben, welche Unterhaltungsverpflichtungen sie haben. Das ging auch dem Eig-

ner zu weit. Angesichts des Knäuels von Konflikten in den Ost-Standorten suchte er die Zusammenarbeit mit der IG Metall.

Jetzt Verhandlungen für alle

Seine Ansage: Werden Zukunftsinvestitionen (500 000 Euro) nicht getätigt, steht die Weigl-Gruppe für die rückwirkende Zahlung der Tarifansprüche in Finsterwalde ein. Die Kündigung der Tarifverträge machte er rückgängig. Bei einer Tarifverhandlung im Dezember sagte Weigl zu, bis 28. Februar 2005 mit der IG Metall eine tarifvertragliche Lösung für alle Standorte zu finden, also auch für **Zittau**.

»Es deutet einiges darauf hin, dass es bald zu einer Einigung kommt«, sagt Ralf Köhler. Geschäftsführer Hacker aus Finsterwalde wurde am 31. Dezember seines Postens enthoben. ◀

Jubilarehrung 2004

Dank für die Treue

In 2004 konnte unsere Verwaltungsstelle mit Stolz 2157 Mitglieder als Jubilarinnen und Jubilare ehren.

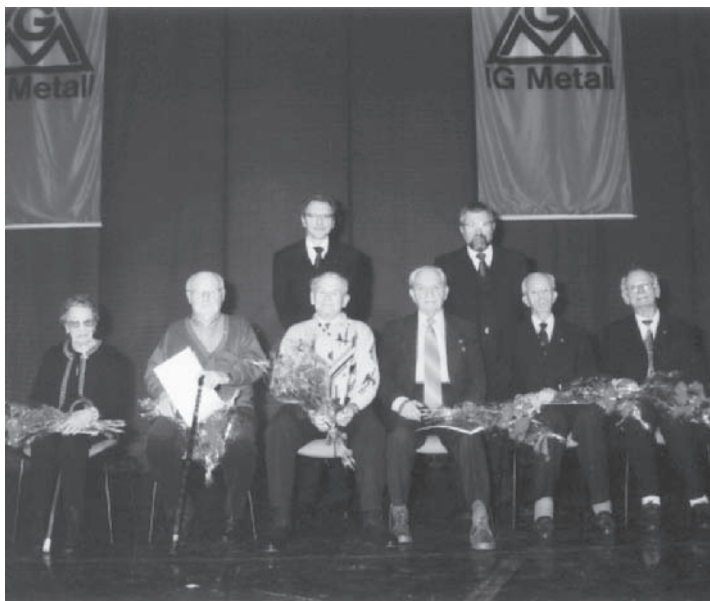
984 von Ihnen wurden für 25-jährige IG Metall-Mitgliedschaft in den Betrieben geehrt. 1173 Jubilarinnen und Jubilare mit 40-, 50-, 75- und 80-jähriger Mitgliedschaft wurden zur zentralen Jubilarehrung unserer Verwaltungsstelle in die Universität der Künste eingeladen. Auf stolze 80 Jahre Mitgliedschaft konnte 2004 Kollege Walter Kuecken zurück blicken.

In seiner Festrede dankte der

Erste Bevollmächtigte Arno Hager allen Jubilarinnen und Jubilaren für ihre jahrzehntelange Treue zu unserer IG Metall und ihr gewerkschaftliches Engagement.

»Ihr seid Vorbild, denn für euch war und ist nicht nur das eigene Ich, sondern die Solidarität mit dem anderen ein wichtiger Teil eures Lebens«, betonte Arno Hager.

Im Namen aller Jubilarinnen und Jubilare bedankte sich der 90-jährige Heinz Kohlmann unter großem Beifall für die gelungene Ehrung.



Viel Beifall gab es für Erna Herzogkeit, Lothar Pokrzewinski, Heinz Kohlmann, Paul Luckow, Willi Dittmann, Heinz Fiedler (von links), die für 75-jährige Mitgliedschaft von den Bevollmächtigten unserer Verwaltungsstelle Arno Hager und Burkhard Bundt geehrt wurden

Arbeitssicherheit

Der Arbeitskreis Arbeitssicherheit bietet mit dem Forum »Mitbestimmung im Arbeits- und Gesundheitsschutz« ein neues Angebot für Betriebsräte, Schwerbehinderten- und Jugend- und Auszubildendenvertretungen.

Start: 3. März, 13 Uhr, Thema »Betriebsvereinbarung zur beteiligungsorientierten Gefährdungsanalyse«, IG Metall-Haus, Raum E 02.

Das zweite Forum ist am 28. April, 13 Uhr. Thema: »Aktuelle Rechtsprechung Paragraf 87/1, Ziff. 7 Betriebsverfassungsgesetz«. Weitere Infos durch Burkhard Bildt, Telefon: 2 53 87-22/123.

Verabschiedung von Burkhard Bundt

Vielen Dank

Nach 38 Jahren Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär, davon 24 Jahre bei der IG Metall in Berlin, ist unser langjähriger Zweiter Bevollmächtigter und Kassierer, Burkhard Bundt, am 31. Dezember 2004 aus seinem aktiven Arbeitsverhältnis bei der IG Metall ausgeschieden.

Nach der Freistellungsphase der Altersteilzeit wird er ab 1. Januar 2006 in Rente gehen.

Bei einer offiziellen Verabschiedung am 3. Dezember 2004 wurde die Arbeit von Burkhard Bundt gewürdigt. Arno Hager, Erster Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle, zeichnete in seiner Rede den persönlichen und beruflichen Werdegang von Burkhard Bundt nach: Start in der Verwaltungsstelle am 1. Januar 1981 als Gewerkschaftssekretär für die Bereiche Angestellte, Berufsbildung und Hochschulen. 1991 Wahl zum Kassierer, 1998 Wahl zum Zweiten Bevollmächtigten und Kassierer. Persönliche Klarheit, Einsatz und Risikobereitschaft, Verlässlichkeit sowie seine Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Burkhard Bundt als Geschäftsführer waren einige der Stichworte in der Rede von Arno Hager. Seine sehr persönliche Würdigung von Burkhard Bundt fand bei den über 200 Gästen viel Beifall. Burkhard Bundt bedankte sich mit einer kurzen Rede bei den Anwesenden und darüber hinaus für die Zusammenarbeit sowie die Unterstützung in den 24 Jahren. Außerdem stellte er fest: »Ich kam eher von der Bergpredigt, als aus politischen Zusammenhängen zur Gewerkschaft. Sollte meine weitere Mitarbeit ehrenamtlich gewünscht sein, werde

ich dem gerne entsprechen. Ich habe die IG Metall-Mitglieder viele Jahre zu ehrenamtlichem Engagement ermuntert. Das gilt



Burkhard Bundt

ab 1. Januar 2005 auch für mich«. Wünsche und Aufforderungen an ihn gibt es schon vielfältige.

Termine

Rentenberatung und -anträge für Angestellte und Arbeiter:

1., 8., 15. und 22. Februar, 16 bis 18 Uhr, IG Metall-Haus, Raum E 05, durch BfA-Versichertenältesten Bernd Dimmey. Termine bitte unter Telefon: 3180 7860 abstimmen.

Senioren und Arbeitslose:

► Mittwoch, 16. Februar, 16 Uhr, Thema: »Erste Erfahrungen mit Hartz IV«, IG Metall-Haus, E 01.

► Mittwoch, 23. Februar, 14 Uhr, Mitgliederversammlung zum Thema: »Was ändert sich 2005?«, IG Metall-Haus, Saal.

Delegiertenwahlen

2005 neu am Start

Seit 1. Januar 2005 ist die IG Metall neu aufgestellt: Auf dem Gebiet der früheren Verwaltungsstelle Riesa-Finsterwalde gibt es jetzt die Verwaltungsstellen Riesa und Südbrandenburg (metall berichtete).

Wegen der Neugliederung sind Neuwahlen der Delegierten in beiden IG Metall-Regionen erforderlich, also auch bei uns in Südbrandenburg.

Mit der Bildung zweier eigenständiger Verwaltungsstellen sind die Delegiertenmandate der alten Verwaltungsstelle Riesa-Finsterwalde am 31. Dezember 2004 erloschen.

Richtlinien für die Wahlen

Der Ortsvorstand der IG Metall Südbrandenburg hat beschlossen, die Neuwahl der Delegierten nach folgender Maßgabe durchzuführen:

► Auf 125 Mitglieder wird ein Delegierter oder eine Delegierte gewählt. Wir hatten am 3. Januar 2005 insgesamt 3 552 Mitglieder, daraus ergeben sich 28 Delegiertenmandate.

► Von diesen Delegiertenmandaten sollen 65 Prozent auf Betriebe und 35 Prozent auf regionale Wahlkreise entfallen. Das heißt: Es wird 18 betriebliche und zehn regionale Mandate geben.

► Jeder betriebliche Wahlkreis erhält ein Grundmandat, die weiteren Mandate werden entsprechend der politischen Bedeutung aufgeteilt.

► Die regionalen Mandate werden nach dem Verhältnis der Mitgliederzahlen und der politischen Bedeutung auf die Wahlkreise aufgeteilt.

► Sollten betriebliche Mandate nicht besetzt werden, werden diese auf die regionalen Wahlkreise in der aufgeführten Reihenfolge vergeben.

► Von unseren 3 552 Mitgliedern sind 1023 Frauen; das ergibt eine Frauenquote von 29 Prozent, also müssen acht Frauen in die Delegiertenversammlung gewählt werden.

Einladung folgt

Alle IG Metall-Mitglieder erhalten rechtzeitig eine Einladung zur Mitgliederversammlung ihres Wahlkreises, in dem sie ihr Wahlrecht ausüben können.

Bitte beteiligt Euch rege an diesen Mitgliederversammlungen.

Denn die Delegierten, die Eure Stimme bekommen, werden die Zukunft unserer Verwaltungsstelle bestimmen.

Euer Gerd Schulz

Mitgliederservice

Wir sind für Euch da

Gabriele Eichner



Ralf Köhler

Neue Servicezeiten im Büro Elsterwerda

Elsterstraße 19, Telefon 03533-49 83 00

Montag:		13 bis 17 Uhr
Dienstag:	8 bis 12 Uhr	13 bis 18 Uhr
Mittwoch:	8 bis 12 Uhr	13 bis 17 Uhr
Donnerstag:	8 bis 12 Uhr	13 bis 17 Uhr

Regionalbüro Finsterwalde

Kein Mietvertrag

Entgegen unserer letzten Mitteilung, ist leider kein Mietvertrag zwischen DGB und IG Metall für die Wiedereröffnung des Büros in der Schlossstraße zustande gekommen.

Darum wird die IG Metall-Südbrandenburg voraussichtlich im

Februar ein neues Regionalbüro im Stadtzentrum von Finsterwalde eröffnen. Nähere Informationen werden wir umgehend veröffentlichen, da bei Redaktionsschluss die Vertragsverhandlungen noch nicht abgeschlossen waren.

Wahlkreise und Mitgliederversammlungen**Betriebliche Wahlkreise**

Züblin Stahlbau
Finsterwalder Maschinen- und Anlagenbau
Lausitzer Stahlbau
Maschinenbau Dahme
Altrad plettac Production
Formteil- und Schraubenwerk
Reiss Büromöbel
Weigl Metallguss
Kjellberg Elektroden und Maschinen
Grohe
Möbel Mühlberg
MAN Takraf

Regionale Wahlkreise

Ortrand, Lauchhammer, Ruhland	14. März, 16 Uhr
Senftenberg, Großräschen	17. März, 16 Uhr
Herzberg, Luckau, Dahme, Falkenberg	21. März, 16 Uhr
Bad Liebenwerda, Elsterwerda	16. März, 16 Uhr
Finsterwalde, Doberlug-Kirchhain	22. März, 16 Uhr

Geschäftsplan der Verwaltungsstelle – ein Thema für uns alle

Auch in Zukunft stark sein in Ostbrandenburg

Der Geschäftsplan der IG Metall Ostbrandenburg ist seit Monaten in der Diskussion und beschäftigt den Ortsvorstand, die Delegiertenversammlungen sowie Personen- und Arbeitsgruppen im Bereich der Verwaltungsstelle.

Voraussetzung innerhalb eines solch langfristigen Prozesses ist die notwendige Transparenz zum komplexen Thema Geschäftsplan der Verwaltungsstelle, sagt Peter Ernsdorf, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Ostbrandenburg.

Bisher haben immer Ziele, Orientierungen und Rahmenbedingungen eine Rolle gespielt, nach denen wir unsere Arbeit in den Betrieben, Branchen und Regionen ausgerichtet haben. Doch zukünftig werden wir unsere Aktivitäten im Rahmen unseres Geschäftsplans noch transparenter, handlungsorientierter und mit mehr Controlling angehen.

So wird weiterhin neben den strategischen Zielen die Präsenz der IG Metall in der Fläche Ostbrandenburg angesichts der täg-

lich wachsenden Herausforderungen oberste Priorität bleiben.



Peter Ernsdorf, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Ostbrandenburg

Unsere Mitgliederentwicklungs- und Finanzplanung wird zukünftig nur zu erreichen sein, wenn ein hoher Organisationsgrad und die Mitgliederwerbung im Betrieb einen entsprechenden Stellenwert erhalten.

Hierzu wurden im Rahmen des Geschäftsplans auf die Strukturen der Verwaltungsstelle Projekte und Maßnahmen beantragt, wie beispielsweise die Weiterentwick-

lung der Betriebsräte-Netzwerkarbeit und die Mitgliederentwicklung in 20 Schwerpunktbetrieben.

Weiter wollen wir in den Berufsschulen unserer Region unsere Aktivitäten verstärken. Die Kolleginnen und Kollegen, die nicht im Arbeitsprozess stehen, wollen wir durch eine verstärkte »Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit« mit einbeziehen.

Erste Erfahrungen mit Betriebsräten, Vertrauensleuten und Jugend- und Auszubildendenvertretern haben gezeigt, dass gut organisierte Belegschaften eine wesentliche Voraussetzung dafür sind, um im Betrieb und in den verschiedenen Branchen mehr für die Beschäftigten, für die organisierten Metallerrinnen und Metallherauszuholen.

Mit 23 Teilnehmern aus insgesamt elf von 20 Schwerpunktbetrieben aus den Regionen mit deutlichen »Organisationsreserven« führte die Verwaltungsstelle bereits zum Jahreswechsel ein erstes Wochenendseminar unter dem Titel »Auch in Zukunft stark sein« durch.

Es gibt nicht nur einen Weg, Mitglieder im Betrieb zu werben, denn die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den Betrieben und Branchen sind zu berücksichtigen.

Der Geschäftsplan bietet die Chance, Mitgliederhalte und Mitgliederwerbearbeit konsequent anzugehen, um dem Sinken der Mitgliederzahlen entgegenzuwirken.



Wir wollen auch in den Prenzlauber Betrieben Perrin GmbH und AWP Kälte Klima Armaturen GmbH als IG Metall für die Mitglieder und Beschäftigten attraktiv sein. Hierzu gehört, die Kolleginnen und Kollegen zu informieren und zu beteiligen. Dies wird auch weiterhin Thema von Uwe Krüger und Tilo Pohl (Foto oben) sein

Termine

Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit Eisenhüttenstadt und Frankfurt/Oder
Am 22. Februar um 14.30 Uhr ist im IG Metall-Stützpunkt, Straße der Republik 2a in Eisenhüttenstadt, eine Versammlung zum Thema »EU-Osterweiterung aus der Sicht der IG Metall«.

Eine Fachtagung »Betrieblicher Arbeits- und präventiver Gesundheitsschutz« ist am 11. Februar um 10.30 Uhr in Eisenhüttenstadt. Die Einladungen sind an alle Betriebsräte, Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Schwerbehindertenvertreter gegangen.



Die Mitglieder des Wochenendseminars »Auch in Zukunft stark sein« vom 11. bis 12. November 2004 in Falkenhagen sind sich einig: Eine hohe Mitgliederzahl macht nicht nur die betrieblichen Interessenvertretungen der IG Metall stark, sie stärkt in der Summe aller Betriebe auch die IG Metall in Ostbrandenburg

Werdet Politiker

Von Manfred Ende
ausgeplaudert

Kürzlich traf ich meinen ehemaligen, zurzeit langzeitarbeitslosen Kollegen Harald wieder. Wir waren uns seit Beginn der Ära »blühende Landschaften« nicht mehr begegnet, dennoch fand ich, nachdem ich mir seine Litanei über Verfilzung und Verhartung in Politik und Wirtschaft angehört hatte, dass er mit seinen 55 Lenzen noch blühend aussah. Ich konnte ihn mir gut als einen Azubi vorstellen. Denn anders als sein Namenskollege Harald Schmidt, der meiner Meinung nach Abend für Abend sehr alt aussieht, machte mir mein Harald einen tatkräftigen Eindruck. Der eine allerdings kassiert nach zwei Auftritten in der ARD acht Millionen und der andere für einen Auftritt in der Arbeitsagentur ein Sümmchen, das hinten und vorn nicht reicht. »Wer nicht arbeitet, kann auch verdienen«, zitierte ich, zugegeben in abgewandelter Form, den Ausspruch eines Ministers. »Ja, wie denn?«, wettete Harald und ließ mich, ähnlich wie Politiker, in der nächsten halben Stunde nicht zu Wort kommen. »Du solltest Politiker werden«, riet ich ihm. »Da kriegst du von der Wirtschaft Geld, ohne zu arbeiten. Manche Politiker kassieren nämlich Nebengehälter und Abfindungen, ohne einen Finger krumm zu machen, sie müssen nur die Hand, mit der sie »Jedermann zu dienen« geschworen haben, weit aufhalten. Sumpf ist Trumpf in der Kumpanei zwischen Politik und Wirtschaft. Der Frack ist einem Politiker allemal näher als das Sternthalerhemdchen. Gleichzeitig maßt er sich an, über die Bedürftigkeit der Arbeitslosen zu befinden.« Harald blieb für Augenblicke sprachlos. Dann erzählte er mir von seiner, allerdings weniger einträglichen Nebenbeschäftigung, dem Sammeln von Pfandflaschen.

Arbeitssuchend oder arbeitslos?

Das Arbeitsamt geht mit aller Härte vor

Nach der kurzen grundsätzlichen Darstellung der Problematik der Arbeitssuchendmeldung und mit ihr verbundenen Sanktionsmöglichkeiten, geregelt in den Paragraphen 37b und 140 des SGB III, sollen jetzt aus Erfahrungssituationen betroffener Kollegen Empfehlungen für »gefahrloses« Verhalten folgen.

Arbeitssuchend kann sich jeder beim Arbeitsamt melden, auch derjenige, der sich aus einem bestehenden Arbeitsverhältnis heraus verändern will. Zur Pflicht wird eine Arbeitssuchendmeldung jedoch, wenn man erfährt, dass ein Arbeitsverhältnis gekündigt werden wird. Selbst nach einer mündlich geäußerten Kündigungsabsicht sollte man sich sofort arbeitssuchend melden. Das unterstützt die eigenen Vermittlungsbemühungen und vermeidet Leistungskürzungen in Streitfällen über den Zeitpunkt der Bekanntgabe des bevorstehenden Beschäftigungsendes. Denn jeder Tag einer verspäteten

Meldung kürzt das Arbeitslosengeld je nach Höhe des Bruttoverdienstes um sieben bis fünfzig Euro. Dabei geht das Arbeitsamt mit aller Härte vor. Bei dreiwöchiger Verspätung gibt es gnadenlos eine Leistungskürzung von 1000 Euro.

Die Regelung in Paragraph 37b schreibt vor, dass sich befristet Beschäftigte spätestens drei Monate vor Fristende arbeitssuchend melden müssen. Wenn das Arbeitsverhältnis länger als drei Monate besteht, ist der Fall einfach. Komplizierter wird es bei Beschäftigungen von kürzerer Dauer. Bei Arbeitsantritt, oft auf Arbeitsplätzen in Vertretung oder zum Abbau von Auftragsspitzen, werden gut gemeinte, aber letzten Endes unverbindliche Fristverlängerungen oder Dauerarbeitsverhältnisse in Aussicht gestellt. Auch Kollegen gegenüber, die begründet auf Weiterbeschäftigung hofften, oder die aus persönlichen Gründen wegen der Arbeitsaufnahme in

den ersten Arbeitstagen sich nicht arbeitssuchend meldeten, war das Arbeitsamt rigoros in der Anwendung des Paragraph 140.

Um den Stress eines Widerspruchsverfahrens oder gar die Leistungskürzung zu vermeiden, ist es also notwendig, sich entsprechend Paragraph 37b konsequent zu verhalten. Wenn eine persönliche Meldung aus objektiven Gründen nicht erfolgen kann, muss das Arbeitsamt telefonisch, gegebenenfalls durch eine dritte Person, informiert werden.

Arbeitslos meldet man sich dann spätestens einen Tag vor dem Tag, für den man das erste Arbeitslosengeld erhalten will.

Geburtstage

Wir gratulieren den im Februar Geborenen

92 Jahre – Alfred Engel

89 Jahre – Heinz Goerlitz

88 Jahre – Else Frank, Charlotte Stohl

87 Jahre – Günter Bergfeldt, Josef Miemitz

85 Jahre – Herbert Zolchow

80 Jahre – Franz Weber, Helene Binner, Gerda Jacob

75 Jahre – Käte Rannow, Gerd Schultze, Wilkin Halte, Helga Schuldig, Waltraud Nickel

70 Jahre – Wolfgang Pagel, Fred Alten, Hermann Miessner, Kurt Stoeck, Manfred Kleber

wesentlich einschränken. Auch diese Liste ließe sich fortsetzen. Wir werden weiter auf gerechte Reformen in der Sozialpolitik drängen. Mit den Demonstrationen und unserem Arbeitnehmerbegehren im vorigen Jahr haben wir einen guten Grundstein gelegt. Lasst uns damit weitermachen.

**Philipp Becker,
Erster Bevollmächtigter**

Stürmische Zeiten

Herausforderungen annehmen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Zeiten sind stürmisch. Massive Angriffe von Arbeitgebern auf unsere Tarifverträge gehören mittlerweile zur Tagesordnung. Jüngstes Beispiel ist die Kündigung aller Tarifverträge im Kfz-Handwerk. Im Mittelpunkt stehen dabei immer die Höhe der Einkommen sowie die Dauer der Arbeitszeit. Kein Vorschlag zur Verlängerung der Arbeitszeit – natürlich ohne Bezahlung – scheint zu abstrus zu sein, um nicht noch getoppt zu werden. 40, 45 und sogar 50 Stunden in der Woche halten manche Arbeitgeber und deren inkompetente Fürsprecher aus der Wissenschaft offenbar für sinnvoll. Das freie

Wochenende soll endgültig beseitigt werden, Feier- und Urlaubstage sollen zu Arbeitstagen werden. Die Liste ist lang und ließe sich täglich fortschreiben.

Auch in der Sozialpolitik geht es nun ans Eingemachte: Die »Hartz-Gesetze« werden mehrere 100 000 Menschen vom bisher garantierten Leistungsbezug ausgrenzen oder ihnen erhebliche Einschränkungen zumuten. Die FDP, große Teile der CDU/CSU und mit ihnen die Scharfmacher im Arbeitgeberlager wollen nicht nur die Unternehmensmitbestimmung schleifen, sondern auch den Kündigungsschutz sowie die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte

Aktionstag der IG Metall-Jugend in Potsdam

Sollen wir betteln für die Ausbildung?



Mitglieder des Ortsjugendausschusses auf dem Potsdamer Weihnachtsmarkt

Im Rahmen der Kampagne »Wir können auch anders« organisierten die IG Metall-Jugend am 6. Dezember 2004 einen Aktionstag auf dem Weihnachtsmarkt in Potsdam.

Aus Statistiken des DGB wird deutlich, dass es doppelt so viele Bewerber wie Ausbildungsplätze im Land Brandenburg gibt, von denen gerade mal ein Drittel betrieblich ist. Da insgesamt rund

33 000 Ausbildungsplätze fehlen, machte sich unsere IG Metall-Jugend daran, öffentlichkeitswirksame Aufklärungsarbeit zu leisten. Um Aufmerksamkeit und Neugier bei den Passanten zu erregen, traten die Mitglieder des Ortsjugendausschusses in Osterhasenkostümen auf dem Potsdamer Weihnachtsmarkt auf. Die Resonanz auf die Aktion war nach anfänglicher Irritation durchweg

positiv und führte teilweise zu konstruktiven Diskussionen über die Situation auf dem Ausbildungsmarkt. Aufgrund der Idee der freien Wirtschaft, die Ausbildungsvergütung zu halbieren, wurden symbolisch selbst gebackene »Ausbildungsplätzchen« im Ganzen verschenkt.

Laut Argumentationskette einiger »wichtiger Herren« des Arbeitgeberlagers ist die Redu-

zierung der Ausbildungsvergütung von Vorteil für die Schaffung neuer Ausbildungsplätze. Dies ist allerdings nur ein Vorwand, um sich so ihrer Verantwortung zu entziehen. Die Folgen liegen auf der Hand:

- Verstaatlichung,
- Fachkräftemangel,
- Qualitätsverlust.

Um dem Betteln einen offiziellen Charakter zu verleihen, verständigte sich die IG Metall-Jugend im Vorfeld darauf, Unterschriften für ihr Begehren zu sammeln. Die im Zuge dieser Aktion zusammengetragenen 300 Unterschriften werden dem Wirtschaftsministerium symbolisch öffentlichkeitswirksam übergeben.

Kfz-Handwerk Kollegen machen mobil

Die Arbeitgeber des Kfz-Handwerks wollen sich in allen ost-deutschen Tarifgebieten aus der Tarifbindung verabschieden.

Sie haben alle Tarifverträge gekündigt. Ihr Ziel ist Lohndumping und Unternehmerwillkür. Schon die ersten Reaktionen zeigen, die Kolleginnen und Kollegen wollen tariflose Zustände nicht kampflos hinnehmen. Deshalb wurden und werden in den Kfz-Betrieben Tarifkommissionen gewählt, um gegebenenfalls schnell im Betrieb aktiv werden zu können. Und noch eins steht im Vordergrund: Zahlreiche Beschäftigte werden vielerorts IG Metall-Mitglieder. Denn nur wenn wir stark sind, können wir uns erfolgreich gegen diese Willkür und die beabsichtigte Lohnsenkung wehren. Auf weitere Aktionen bereiten wir uns vor. Hauptziel ist, die abgeschlossenen Tarifverträge sind einzuhalten. Den Arbeitgebern muss klar werden, tariflose Zustände werden wir nicht zulassen.

Arbeitslosengeld II (AGL II)

Verstärkte Unterstützung für Betroffene

Mit dem Inkrafttreten der Arbeitsmarktgesetze (Hartz IV) kommen gravierende Veränderungen auf viele unserer arbeitssuchenden Mitglieder zu.

Unsere bisherigen Erfahrungen zeigen, dass diese Situation zu Fragen und Problemen sowie verstärkt zu rechtlichen Auseinandersetzungen führt. Wir haben deshalb die Möglichkeiten, eine Rechtsberatung zu erhalten, aus-

geweitet. Neben der Beratung dienstags von 9 bis 12 und 13 bis 18 Uhr in unserem Büro in der Gartenstraße 20 in Potsdam wird donnerstags von 8 bis 12 und 13 bis 17 Uhr in unserem Büro in Brandenburg (Magdeburger Landstraße 9, neben der ehemaligen Hauptverwaltung SWB) Rechtsberatung angeboten. Es besteht auch die Möglichkeit, telefonisch an anderen Tagen

einen Beratungstermin zu vereinbaren. Telefon 03381-344138.

Im letzten Jahr hat sich in der Stadt Brandenburg eine Arbeitsgruppe arbeitssuchender IG Metall-Mitglieder gebildet, in der jedes Mitglied mitarbeiten kann, um seine Interessen wahrzunehmen. Diese Arbeitsgruppe hat bei der Organisation der Montagsdemos und anderen Veranstaltungen bereits aktiv mitgewirkt.

Konflikt bei INA beilegt

Tarife werden nicht angetastet

Mit einem Überraschungsangriff wollte der INA-Konzern seine Belegschaften aufs Kreuz legen: Im September wurden zum selben Zeitpunkt in allen inländischen Betrieben Belegschaftsversammlungen einberufen, in denen die Kollegen mit radikalen Forderungen konfrontiert wurden.

Die Arbeitskosten sollten um zehn Prozent gesenkt werden, die Arbeitszeit unbezahlt verlängert werden und noch einiges mehr. Kurz vor Weihnachten gab es eine Einigung. **metall** sprach mit dem Luckenwalder Betriebsratsvorsitzenden Michael Tuchart.

metall: Wie habt ihr auf diesen geballten Verstoß des Arbeitgebers reagiert?

M. Tuchart: Der Arbeitgeber hatte uns erklärt, dass er nur vor Ort verhandeln will. Wir haben gleich gemerkt, dass die einzelnen Betriebsräte gegeneinander ausgespielt werden sollen. Deshalb haben alle Betriebsräte beschlossen, dass nur zentral über den Gesamtbetriebsrat verhandelt wird. Es haben sich auch alle daran gehalten. Zur Koordination hatten wir fast täglich Telefonkonferenzen. Zur Information der Belegschaft haben wir Flugblätter herausgebracht und Betriebsversammlungen einberufen. Wir haben auch Aktionen gemacht, zum Beispiel gemeinsam mit den FAG-Belegschaften, die auch zur INA-

Gruppe gehören. Da haben wir Kerzen vor dem Tor aufgestellt, in Form des Schriftzugs »INA und FAG halten zusammen«.

metall: Wie hat eure Belegschaft reagiert?

M. Tuchart: Natürlich gab es auch einige, die eine längere Arbeitszeit akzeptiert hätten, aber insgesamt war die Meinung: Wir arbeiten schließlich schon drei Stunden länger und wir leisten gute Arbeit. Und übertarifliche Zulagen, so was kennen wir hier kaum. Die Kollegen waren durchaus abwehrbereit. Auch fanden sie richtig, dass wir für zentrale Verhandlungen gestimmt haben, weil eine Beschäftigungszusage unserer örtlichen

Leitung wohl nicht viel wert ist.

metall: Was habt ihr noch erreicht?

M. Tuchart: Für alle Betriebe wurde eine Standortgarantie bis 2008 geregelt und die 38-Stunden-Woche bleibt. Dennoch ist es ein Kompromiss, bei dem auch örtliche Kostensenkungen vereinbart wurden. So soll die Maschinennutzungszeit erhöht werden. Als Folge haben wir für zwei Bereiche Samstagsarbeit geregelt, jedoch zu tariflichen Bedingungen. Der Arbeitgeber wollte Zeitkontenregelungen bis 250 Stunden haben. Auf plusminus 90 Stunden haben wir uns geeinigt. Ob wir uns für die Beschäftigungsgarantie letztlich was kaufen können, wird sich zeigen, aber sie vermittelt erst mal ein Gefühl der Sicherheit. Möglich war das Ganze jedenfalls nur durch unser geschlossenes Auftreten.

Hartz IV ist da

Aber wo bleibt der Aufschwung?

Seit 1. Januar ist die Arbeitslosenhilfe vom sogenannten Arbeitslosengeld II (ALG II) abgelöst worden. Etwa 30 Widersprüche wurden über unseren Rechtsschutz in den ersten Tagen eingelegt. War etwa alles gar nicht so schlimm?

Bundesfinanzminister Eichel ist entsetzt: Statt der geplanten Einsparungen drohen durch das Hartz-IV-Gesetz sogar zusätzliche Ausgaben.

Der Hauptgrund: Man war davon ausgegangen, dass jeder Vierte keinen Anspruch auf

Unterstützung mehr haben würde. Tatsächlich geht aber nur jeder Zehnte leer aus. Darüber kann man sich natürlich erst mal freuen. Allerdings: ALG II erhält nur, wer seine Bedürftigkeit nachgewiesen hat. Also ist festzustellen, dass es weit mehr bedürftige Arbeitslose gibt, als die Regierung gedacht hat.

Das kommt davon, wenn man sich einbildet, die Arbeitslosen sind Drückeberger, die es sich gut gehen lassen.

Bisher wurde nicht veröffentlicht, wie viele zwar noch Leistungen erhalten, aber weniger als vorher. Dies trifft vor allem solche Arbeitslosen, die früher einen eher überdurchschnittlichen Verdienst hatten. Jetzt wurde der Berufsbezug gekappt: Das ALG II basiert auf einer Minimalversorgung wie die Sozialhilfe, nicht auf dem früheren Arbeits-einkommen.

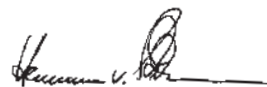
Mietkosten werden erstattet. Wer zu großen Wohnraum hat, kann aber zum Umzug gezwun-

gen werden. In der Uckermark erhielten 3000 Arbeitslose schon mal die Aufforderung, sich nach einem billigeren Wohnraum umzusehen.

Die Wohlfahrtsverbände haben gefordert, dass das ALG II um 20 Prozent erhöht werden muss, um den Grundbedarf zu decken. Diese Forderung ist berechtigt.

Aus Sicht der IG Metall ist die Einbeziehung der arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger und die Mitverantwortung der Kommunen grundsätzlich ein vernünftiger Schritt.

Dass das Hartz-IV-Gesetz einen Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt bringt, kann wohl kaum ein vernünftiger Mensch erwarten. Aber dass die Arbeitgeber eine Chance wittern, jetzt auch Ein-Euro-Jobs für die private Wirtschaft zu fordern, das war so sicher wie das Amen in der Kirche, meint



Hermann von Schuckmann

Rechtsschutzexperte

Andrej Wroblewski geht zum Vorstand



Seit sechs Jahren hatte Andrej Wroblewski den Rechtsschutz in unserer Verwaltungsstelle in der Hand. Zahllose Beratungsgespräche und Hunderte von Arbeits- oder Sozialgerichtsverfahren hat er für unsere Mitglieder in dieser Zeit geführt. Jetzt setzt er seine Tätigkeit beim Vorstand in Frankfurt fort. Die Verwaltungsstelle dankt ihm für seine gute Arbeit und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Über eine Neubesetzung ist noch nicht entschieden.

Umfrage

Die IG Metall wird sich für die Verbesserung der Arbeitslosengeld-II-Regelungen einsetzen. Um festzustellen, wie die arbeitslosen Kollegen betroffen sind und was sie meinen, haben wir an alle einen Fragebogen verschickt. Diesen bitten wir schnellstmöglich an uns zurück zu senden.

Ostsachsen

Reicht das Licht der Leuchttürme bis in unsere Region?

Andre Koglin, Erster Bevollmächtigter unserer Verwaltungsstelle sieht Ostsachsen in dem vor uns liegendem Jahr vor große Herausforderungen gestellt.

Auch im vergangenen Jahr konnte Ostsachsen die »Rote Laterne« bei der Arbeitslosigkeit nicht abgeben. Trotz vielfältiger Reformen der Bundesregierung, ich denke hier nur an Hartz I bis IV, haben diese nicht zu einer Verbesserung des Arbeitsmarkts in unserer Region geführt.

Statt Druck auf Arbeitslose brauchen wir mehr innovative Arbeitsplätze in der Industrie. Wir brauchen auch in den nächsten Jahren eine nachhaltige Förderung. Nur auf die Leuchttürme in Dresden, Leipzig und Zwickau zu setzen, ist aus meiner Sicht der falsche Weg und würde tatsächlich dazu führen, dass wir in der Entwicklung zurückbleiben. Viele junge Menschen sind in

den letzten Jahren aus Ostsachsen weggezogen, weil es hier keine Ausbildung und später keine Arbeit gab. Damit sind aber auch Wissen und Fähigkeiten verloren gegangen.

Kurz vor dem Jahreswechsel musste Görlitz Fleece Insolvenz anmelden und 179 Arbeitsplätze wurden abgebaut. Im Nieskyer Güterwaggonbau werden 100 Stellen gestrichen, Case Neustadt mit 200 Arbeitsplätzen wurde stillgelegt. Dadurch wird die Lage am Arbeitsmarkt zusätzlich verschärft. Die Folgen dieser unternehmerischen Entscheidungen zahlen alle.

Wir müssen uns aber auch Gedanken darüber machen, zu welchen Bedingungen gearbeitet wird. Immer mehr Betriebe fordern von ihren Arbeitnehmern, dass sie auf tarifliche Leistungen verzichten. Ganz offen werden mit der Drohung, Arbeitsplätze zu

verlagern, sehr weitgehende Zugeständnisse erpresst. Die Situation der Branchen in Ostsachsen hat sich dadurch nicht grundlegend verbessert.

Mit dem neuen Jahr 2005 treten die Regelungen des ALG II in Kraft. In Ostsachsen sind davon rund 50 000 Menschen betroffen. Ich befürchte, dass mit den sogenannten Arbeitsgelegenheiten für einen Euro reguläre Arbeitsverhältnisse oder auch ABM ausgehebelt werden.

Auch in diesem Jahr werden wir unsere Alternativen zu der von der rot-grünen Bundesregierung verfolgten unsozialen und ungerechten Politik aufzeigen. Wir werden uns aber auch gegenüber der Landesregierung dafür einsetzen, dass Ostsachsen nicht vergessen wird.

Die Region muss mehr noch als bisher die Potenziale nutzen, um sich mit Innovationen im

Produkt und der Produktion im Wettbewerb zu behaupten. Dabei muss die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erheblich intensiviert werden. Die Entwicklung zur EURO-Textilregion steht dafür beispielhaft.

Wir haben uns im vergangenen Jahr für die Beschäftigten, aber auch die Mitglieder, die nicht mehr in einem Arbeitsverhältnis stehen, eingesetzt. Immer wieder werden wir gefragt, was die IG Metall macht, was wir erreichen können? Wie wir uns gegenüber der Politik, und das gilt auch für die Arbeitgeber, behaupten können, hängt von unserer der Stärke ab. Und die spiegelt sich in Mitgliederzahlen wieder. Mehr Mitglieder können auch mehr erreichen. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass wir in den Betrieben Mitglieder gewinnen. Positive Beispiele dafür, dass das geht, gibt es.

Textilindustrie

Mit dem neuen Jahr trat in der Textilindustrie der Entgelttarifvertrag in Kraft. Die überholte Trennung in Lohn- und Gehaltstarifverträge gehört damit der Vergangenheit an. In Ostsachsen profitieren rund 300 Beschäftigte von dem neuen Entgelttarifvertrag.

Beiträge

Die Beiträge der Mitglieder der Betriebsgruppen FY 0544, FY 0566, FY 6999, FY 4000, FY 7999 (Betriebsnummer auf dem Adressaufkleber der **metall**) werden ab Februar um einen Euro angehoben. Bei Rückfragen bitte an Kollegin Jäger, Telefon 0 35 91-52 14 20, E-Mail: ilona.jaeger@igmetall.de wenden.

Leserbrief

Eine Meinung zu Hartz IV

Unser Kollege Günter Noss hat der Schatzmeisterin der SPD einen Brief geschrieben, den wir auszugsweise wiedergeben.

Reformen sind längst überfällig, um unsere Sozialsysteme zu retten. Nach Hartz IV erklärte der Kanzler, es gehe um die Erhaltung der »sozialen Marktwirtschaft«. Was dabei herauskam, ist bisher eine Absenkung der Einkommen bei Rentnern, Kranken und Arbeitslosen. Renten und Gesundheitssysteme sind aber nur zu retten, wenn durch eine einheitliche Bürgerversicherung auf alle Einkommen in gleicher Weise wie bei lohnabhängigen die gleichen prozentualen Abgaben in die Systeme eingeführt werden.

Nicht die »demografische Entwicklung« (mehr alte Men-

schen), sondern die Abwanderung der Besserverdiener zu Privatversicherern hat dieses System ruiniert. Hartz IV ist eine Verletzung des Grundgesetzes. Arbeitslosigkeit ist ein Produkt der kapitalorientierten Marktwirtschaft. Die Managergehälter und Aktien steigen, wenn gleichzeitig tausende Arbeitsplätze abgebaut werden. Die Lösung? »Leibeigenschaft« oder Bezahlung der Arbeit nach Belieben? Das Bankgeheimnis gilt nicht für alle Bürger. Hartz IV ist die Enttarnung der sparsamen kleinen Leute. Wer hat denn den Wohlstand in Deutschland erarbeitet? Die heutigen Rentner und die nach langer Berufstätigkeit heute ausgegrenzten Arbeitslosen oder doch die »Kapitaleigner«?

Günter Noss, Kleindehsa

Vertrauensleute

Am 12. Januar traf sich zum ersten Mal der örtliche Vertrauensleutenausschuss unserer Verwaltungsstelle. Zum Vorsitzenden wurde Rolf Harder, der zugleich Vorsitzender der Vertrauenskörperleitung (VKL) bei Bombardier Transportation Bautzen ist, gewählt.

Weiterhin gehören dem örtlichen Vertrauensleutenausschuss alle Vorsitzenden der betrieblichen Vertrauenskörperleitungen an. Der Vertrauensleutenausschuss beschloss einen Arbeitsplan, der regelmäßige Beratungen vorsieht. Im Mittelpunkt der Arbeit des Ausschusses steht die Gewinnung neuer Mitglieder in den Betrieben.

Schichtprojekt

Fragebogenaktion in fünf Betrieben gestartet



Niels Gundermann Die IG Metall Chemnitz hat gemeinsam mit der Professur für Industrie- und Techniksoziologie der TU-Chemnitz ein Projekt gestartet, das sich mit den sozialen und gesundheitlichen Folgen von Schichtarbeit beschäftigt.

metall fragte beim Projektleiter Niels Gundermann nach.

metall: Niels, du bist Diplomand an der TU-Chemnitz. Was waren deine Beweggründe für die Mitarbeit am Projekt »Schichtarbeit«?

Gundermann: Wir sind der Meinung, dass es wichtig ist, die Veränderungen in der Arbeitswelt, die es in den letzten Jahren gegeben hat, zu verfolgen und ihre Auswirkungen zu untersuchen.

Da die Schichtarbeit immer häufiger wird, soll unsere Untersuchung helfen, die Auswirkungen gerade von Schichtarbeit auf die Gesundheit und auf das persönliche Lebensumfeld der Kollegen zu verdeutlichen.

metall: Was könnten gesundheitliche und persönliche Auswirkungen von Schichtarbeit sein?

Gundermann: Die Wissenschaft, und hier speziell die Industrie- und Techniksoziologie, untersucht dies intensiv bereits seit den 70er Jahren. Dabei wurde nicht nur die Arbeitszeit immer weiter verringert, sondern auch Belastungen beispielsweise durch körperlich schwere Tätigkeiten reduziert.

Es wurde festgestellt, dass Schichtarbeiter besonders unter solchen Belastungen zu leiden haben. Zusätzliche Negativfaktoren sind auch die Lage der Arbeitszeiten, das heißt, beson-

ders die von Arbeitsmediziner kritisch beurteilte Nachtarbeit.

metall: Was heißt das jetzt für die Schichtarbeiter?

Gundermann: Oftmals sind dies Dinge, die in der Wahrnehmung der Kollegen in den Betrieben nicht der Schichtarbeit zugeschrieben werden. Es beginnt bei jeglicher Art von Schlafstörungen und reicht über Probleme mit der Verdauung, mit dem Herz-Kreislaufsystem, höhere Anfälligkeit für Allergien, Infektionen bis zu höherer Anfälligkeit an Krebserkrankungen. Außerdem sind die psychischen und sozialen Folgen nicht zu unterschätzen.

metall: Was ist darunter zu verstehen?

Gundermann: Beispielsweise familiäre Probleme oder Veränderungen im Kontakt zu Freunden und Bekannten. Das bedeutet, der Besuch von Kino, Konzerten oder anderen Veranstaltungen ist sehr schwierig. Auch die Möglichkeiten zur Weiterbildung

oder zum politischen Engagement sind sehr eingeschränkt. Kurz, man fühlt sich aus Vielem ausgeschlossen.

metall: Was ist das konkrete Ziel dieses Schichtprojekts?

Gundermann: Wir möchten herausfinden, ob es Veränderungen gegeben hat. Außerdem sollen die Kollegen in den Betrieben zu Wort kommen, die besser über die Sorgen und Nöte von Schichtarbeitern berichten können. Deshalb starten wir mit einer Fragebogenaktion in den fünf Automobilzuliefererbetrieben. Wir hoffen dabei auf neue Erkenntnisse. Denn oftmals sind es kleine Veränderungen, die große Wirkung zeigen. Die Schichtarbeit an sich werden wir wohl nicht in Frage stellen.

Schwerpunkte 2005

Betriebs- und Tarifpolitik

Die Delegiertenversammlung hat im Dezember das Konzept »Wir bauen unsere Zukunft selbst« für 2005 beschlossen. Die Betriebs- und Tarifpolitik bildet dabei einen von vier Schwerpunkten.

In Sachsen sind zur Zeit 130 000 Arbeitnehmer in 800 Betrieben der Metall- und Elektroindustrie beschäftigt. Davon arbeitet in Westsachsen fast die Hälfte.

Allein in unserer Verwaltungsstelle gilt für rund 10 500 Beschäftigte in 38 Firmen der Tarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie.

Ab Januar haben unsere Mitglieder in diesen Betrieben Anspruch auf vermögenswirksamen Leistungen in Höhe von 26 Euro gegenüber ihrem Arbeitgeber.

Am 1. März erhöhen sich die Löhne und Gehälter um weitere

zwei Prozent. Die Übernahme der auslernenden Auszubildenden ist für mindestens zwölf Monate tarifvertraglich geregelt.

Der Ortsvorstand hat sich dabei auf die Fahne geschrieben, die Tarifbindung der Betriebe im Bereich der Verwaltungsstelle wieder zu erhöhen und die Einführung des gemeinsamen Entgelttrahmentarifvertrages aktiv zu unterstützen.

Als Fundament dient die im Jahre 2004 wiederum gewachsene Leistungskraft der Sächsischen Industrie. Aber die tragende Säule in diesem Prozess ist das ehrliche Bekenntnis zur Tarifvertragspartei IG Metall.

Nur mit der Mitgliedschaft in der IG Metall sichert der Einzelne das bewährte Tarifvertragssystem in Deutschland, sichert sein Einkommen zum Auskommen.

JAV-Wahl
Sieben auf einen Streich

Die JAV-Wahlen sind weitestgehend abgeschlossen. Mit Stand 31. Dezember 2004 haben 27 Betriebe eine Jugend- und Auszubildendenvertretung. Dabei wählten die Auszubildenden in sieben Firmen zum ersten Mal eine Jugendvertretung. Herzlichen Glückwunsch.

Nachruf
Langjähriges Mitglied gestorben

Wir trauern um unser langjähriges Mitglied Herta Dähne, geboren am 30. Mai 1914. Seit Dezember 1929 Mitglied in unserer Organisation wäre die im November gestorbene Herta Dähne im Dezember 2004 für ihre 75-jährige Mitgliedschaft in unserer IG Metall geehrt worden.

Kurz notiert

Termine

- 1. Februar, 17 Uhr: Ortsfrauenausschuss in der Verwaltungsstelle
- 7. Februar, 14 Uhr: Betriebsräte tagung im Otto-Brenner-Haus
- 9. Februar, 9 Uhr: Seniorenarbeitskreis im Otto-Brenner-Haus
- 18. Februar, 9 Uhr: Arbeitslosenarbeitskreis im Otto-Brenner-Haus
- 23. Februar, 17 Uhr: Ortsjugendausschuss im METICA
- 24. Februar, 14 Uhr: Ortsvorstand im Gewerkschaftshaus

Seminar

- 4. bis 5. Februar, Seminar Auszubildende Siemens VDO Limbach-Oberfrohna in Augustsburg
- 25. bis 26. Februar, Seminar Betriebsrat, Vertrauensleute und JAV der Firma BGH Edelstahl Lugau GmbH in Augustsburg

Handwerk aktuell

Tarifverträge im Kfz-Gewerbe gekündigt

Keine fröhliche Nachricht erhielten die Mitarbeiter in der Kfz-Branche am 6. Dezember 2004 durch den Landesverband des Kfz-Gewerbes Sachsen. So wurden durch den Landesverband einseitig, aber »form und fristgerecht«, alle Tarifverträge, die mit der IG Metall zuletzt 2004 abgeschlossen wurden, komplett gekündigt.

Nicht nur die Kündigung aller Tarifverträge zeigt eine neue Qualität von Auseinandersetzung für die kommende Tarifrunde im Kfz-Handwerk. Auch die Ankündigung des Landesverbands, sie werde zukünftig nicht mehr als Tarifpartner zu Verfügung stehen, lässt die IG Metall Dresden befürchten, dass diese Situation von einigen Kfz-Autohäusern ausgenutzt wird, sich künftig nicht mehr an tarifliche Regelungen zu halten.

Mit der Installation eines neuen



Aktionstag in Möckern am 12. Januar 2005

Tarifpartners, die noch zu gründende Arbeitgebervereinigung Tarifgemeinschaft Mitteldeutsches Kraftfahrzeuggewerbes e.V. mit Sitz in Möckern, wird den Kfz-Betrieben freigestellt, ob sie diesem Verband beitreten oder ob sie ohne Tarifbindung sein wollen.

»Durch diese Situation kann in den Kfz-Betrieben ein Häuserkampf entstehen«, warnt Jens Kiehle, Gewerkschaftssekretär der IG Metall Dresden. Durch

diese Kündigung wird die ordnungspolitische Funktion der Tarifverträge in Frage gestellt, und es werden künftig die Belegschaften für eine Erhöhung ihres Lohns in den Betrieben streiten. Der Landesverband überträgt damit seine ursprüngliche Aufgabe, als Tarifpartner tätig zu sein, den Geschäftsleitungen der Kfz-Betriebe.

Im Moment verstärkt die IG Metall Dresden ihre Aktivitäten

in den Kfz-Betrieben durch ihren Auftritt auf Betriebs- und Abteilungsversammlungen und informiert durch Flugblätter über die momentan schwierige Situation. Vielen Mitarbeitern ist nicht bewusst, dass sie auch in Zukunft Anspruch auf die Leistungen aus den Tarifverträgen haben, sagt Jens Kiehle: »Wer Mitglied der IG Metall ist, der kann auch weiterhin die Leistungen aus den Tarifverträgen, wie zum Beispiel seine bisherige Vergütung oder die sechs Wochen Urlaub, vor dem Arbeitsgericht geltend machen. Dies gilt auch für Mitglieder, die bis März 2005 in die IG Metall eintreten.«

Die IG Metall hofft, dass der Landesverband des Kfz-Gewerbes Sachsen seine Entscheidung überdenkt und es zu einer friedlichen Lösung für die Zukunft aller Beteiligten kommen wird.

AREVA Dresden droht die Schließung

Nach 101 Jahren vor dem endgültigen Aus?

Mit einem bösen Weihnachtsgeschenk wurden die rund 220 Beschäftigten der Firma AREVA Sachsenwerk überrascht. Auf einer Betriebsversammlung wurden ihnen vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats der AREVA Deutschland, Wilhelm Heitmann, die Pläne des französischen Konzerns mit Sitz in Paris, vorgestellt.

Danach will der Konzern in Europa rund 1500 Arbeitsplätze vernichten. Die Dresdner Beschäftigten gehen davon aus, dass es ihren Standort besonders hart treffen wird. Nach Heitmann soll es auf der Grundlage einer Dreijahresplanung einschneidende Strukturveränderungen im Konzern geben. Geplant sind Kompetenzzentren in Macon/Frankreich und in Regensburg.

Die Politik des Konzerns stößt in Dresden auf völliges Unver-



Sichtbare Proteste vor dem AREVA-Standort in Dresden

ständnis. Dresden hat in der Vergangenheit immer gute Ergebnisse erwirtschaftet, was von den jeweiligen Werks- und Geschäftsleitungen auch immer positiv gewürdigt wurde.

Dass AREVA in dem Marktsegment »Energieverteilung« insgesamt Probleme hat, ist seit längerer Zeit bekannt. Klaus Gelfert, der Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Dresden, führt das, wie in ähnlichen Fällen, auf Ma-

nagementfehler zurück. Dazu Gelfert: »Mit der jetzigen Planung werden bereits weitere Fehler gemacht. Um die Profite zu sanieren, sollen jetzt ohne jegliche Differenzierung ganze Standorte platt gemacht werden, auch solche, wie Dresden, die wirtschaftlich gut arbeiten. Damit schadet sich das Unternehmen letztlich selbst.«

Die Pläne der Konzernleitung liegen jetzt auf dem Tisch. Doch sie sind noch beeinflussbar. Davon gehen sowohl der Betriebsrat als auch die IG Metall aus. »Unsere Kollegen haben, glaube ich, begriffen um was es geht«, sagt Erhard Ehrlich. »Ich bin überzeugt, dass sie für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen werden.«

Zwischen Konzernleitung und Europabetriebsrat wurde eine Vereinbarung zur weiteren Vor-

gehensweise der Konsolidierung des Konzerns abgeschlossen. Bis Anfang März 2005 wird die Planung noch einmal überprüft. Dazu Klaus Gelfert: »Das ist eine Atempause. Diese gibt es aber nur deshalb, weil die Belegschaft solidarisch gehandelt hat.«

Termine

Wohngebietsveranstaltungen für Arbeitslose und Senioren
Jeweils 14 Uhr bis 16 Uhr
Dresden-Stadt

► 10. März, Gruna, Papstdorfer Straße 25

► 15. März, Friedrichstadt
Schäferstraße 1a

► 16. März, Laubegast,
Laubegaster Ufer 22

Dresden-Land

► 8. März, Radebeul, Dr.-Külz-Straße 4

► 23. März, Radeberg, AWO.
Dr. Külz-Straße 6

Aus unserer Satzung

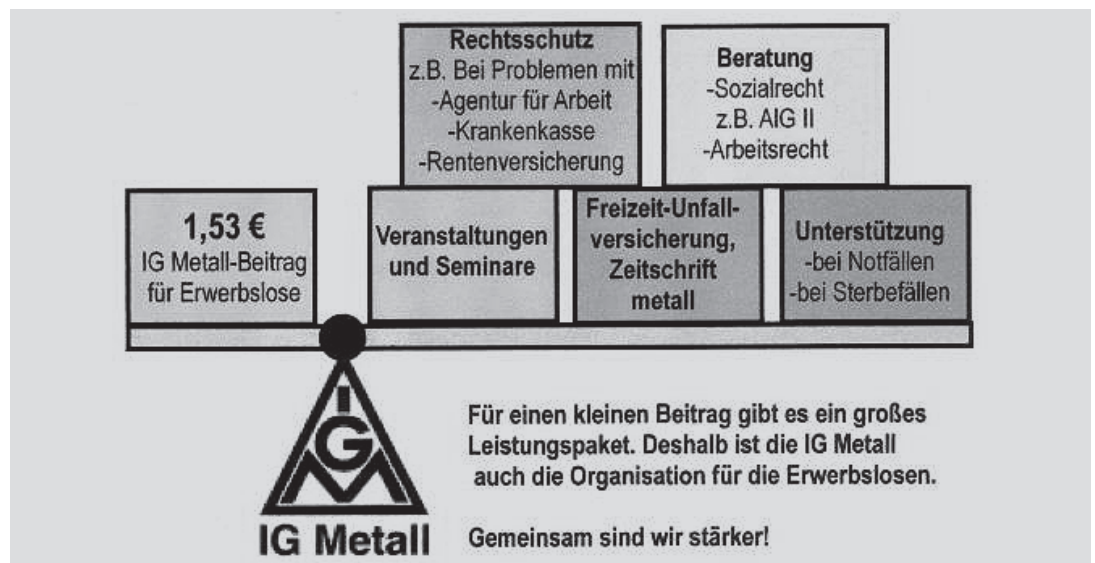
Leistungen der IG Metall für erwerbslose Mitglieder

Erwerbslos zu sein – das bedeutet nicht nur finanzielle Sorgen, sondern oft auch Probleme im sozialen Umfeld und mit Behörden und Ämtern.

In solchen Situationen ist es gut, einen verlässlichen und kompetenten Partner zur Seite zu haben.

Gerade bei Arbeitslosigkeit ist es wichtig, Mitglied in der IG Metall zu sein und auch zu bleiben, um die Vorteile der Mitgliedschaft zu nutzen.

Laut Satzung beträgt der Beitrag für arbeitslose Kolleginnen und Kollegen einheitlich 1,53 Euro und wird quartalsweise abgebucht.



Vertrauensleute

Vertrauensleute haben gewählt

Nach Abschluss der Vertrauensleutewahlen in den einzelnen Betrieben und im Nachgang zur bundesweiten Vertrauensleute-Konferenz der IG Metall wurde auf örtlicher Ebene ein entsprechender Ausschuss gewählt.

wurden nachfolgende Kolleginnen und Kollegen in den Vertrauensleutenausschuss der IG Metall Leipzig gewählt:

Daniela Kiss (Siemens ICM), Torsten Wundrak (BMW-Werk Leipzig), Michael Nürnberger



So war am 7. Dezember 2004 eine Zusammenkunft der Vertrauensleute aus der Region Leipzig. Im Rahmen dieser Veranstaltung

(HFG Schkeuditz), Reinhard Derlinger (Heidelberg Postpress), Hans Donnert (Mikro-sa), Jürgen Beigang (Siemens Schaltanlagenbau).

Kfz-Handwerk

Demonstration am 12. Januar



Kfz-Beschäftigte demonstrieren für ihre tarifliche Bezahlung

Die Tarifverträge für die Kfz-Beschäftigten wurden von den Arbeitgebern zum 31. Dezember 2004 gekündigt. Unsere Beschäf-

tigten der Kfz-Betriebe fordern die Arbeitgeber auf, die qualifizierte Tarifbindung durch die Innungsmitgliedschaft herzustellen.

Nachruf

Ältestes Mitglied der IG Metall Leipzig gestorben

Vor einigen Tagen erreichte uns die traurige Nachricht, dass unser ältestes Mitglied, Kollege Alfred Axmann, am 16. Dezember 2004 starb. Der langjährige Gewerkschafter wäre am 21. Januar 102 Jahre alt geworden.

Organisationswahlen I

Regelungen zur Wahl der Delegierten

Aufgrund der Neugliederung der Verwaltungsstelle zum 1. Januar in die Verwaltungsstelle Riesa und die Verwaltungsstelle Südbrandenburg, über die wir bereits in der letzten Ausgabe berichteten, sind Neuwahlen der Delegierten in der jeweiligen Verwaltungsstelle erforderlich.

Die Delegiertenmandate der alten Verwaltungsstelle Riesa-Finsterwalde aus dem Jahr 2004 sind am 31. Dezember durch die Neugliederung in zwei Verwaltungsstellen erloschen.

Die Neuwahl der Delegierten wird nach folgender Maßgabe organisiert:

Auf 125 Mitglieder wird ein Delegierter gewählt. Bei dem

Mitgliederstand von 5743 am 3. Januar ergibt das 46 Delegiertenmandate. Davon sollen 65 Prozent auf Betriebe und 35 Prozent auf regionale Wahlkreise entfallen. Daraus ergeben sich 30 betriebliche und 16 regionale Mandate.

Jeder betriebliche Wahlkreis erhält ein Grundmandat, die weiteren Mandate werden entsprechend ihrer Mitgliederzahl und der politischen Bedeutung aufgeteilt.

Die regionalen Mandate werden entsprechend des Verhältnisses der Mitgliederzahlen und der politischen Bedeutung auf die Wahlkreise aufgeteilt.

Sofern Mandate nicht besetzt

werden, werden diese auf die Wahlkreise in der Reihenfolge der Wahlkreise 5, 7 und 17 bis 22 vergeben.

Von den 5743 Mitgliedern sind 1636 Frauen. Das ergibt eine Quote von 28 Prozent, also müssen 13 Frauen in die Delegiertenversammlung gewählt werden.

Wir hoffen, dass viele Kolleginnen und Kollegen sich an den Wahlversammlungen beteiligen.

Wahlen sind Ausdruck gewerkschaftlicher Demokratie. Die gewählten Delegierten bestimmen die Zukunft unserer Verwaltungsstelle.

Stärkt die IG Metall: Geht wählen und werbt Mitglieder.

»Tarifgemeinschaft« gegründet Tarifverträge im Kfz-Handwerk in Gefahr

Jetzt wird's ernst. Mit der Gründung einer »Tarifgemeinschaft Mitteldeutsches Kraftfahrzeuggewerbe e.V.« entfällt die bisher automatische Bindung aller Kfz-Innungsbetriebe an den Tarifvertrag.

Keine rosigen Aussichten

Deshalb halten wir es für besonders wichtig, dass die gewerkschaftspolitische Arbeit im Wirtschaftszweig Handwerk in Zukunft wieder mehr zum Tragen kommt. Immer wieder ist zu beobachten, dass, wenn Menschen sich gemeinsam für ihre Interessen und Ziele stark machen, sie in der Regel erfolgreich handeln. Mehr Kfz-Handwerker müssen in die IG Metall eintreten.

Organisationswahlen II

Wahlkreise und Termine

Betriebliche Wahlkreise

1	Gröditz (ESG, SWG, SGG, ETE)	17. Januar
2	Vallourec & Mannesmann Zeithain	18. Januar
3	Mannesmannring Sachsen GmbH	18. Januar
4	Maschinenbau Mundil GmbH	18. Januar
5	EFS Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH	26. Januar
6	Stema Metallleichtbau GmbH	25. Januar
7	Kronospan GmbH	3. Februar
8	Photon Meissener Technologies GmbH	24. Januar
9	Kabelwerk Meißen Wilhelm Balzer	1. Februar
10	Umform- und Kraftfahrzeugkomponenten GmbH	25. Januar
11	Vogel & Noot Meißner Metallverpackungen GmbH	2. Februar
12	Walzengießerei Coswig GmbH	9. Februar
13	Getriebefabrik Coswig GmbH	9. Februar
14	Autoliv-Sicherheitstechnik GmbH, Döbeln	26. Januar
15	AL-KO Dämpfungstechnik GmbH, Hartha	10. Februar
16	Pierburg GmbH, Hartha	9. Februar

Regionale Wahlkreise

17	Döbeln, Leisnig, Rosswein, Waldheim, Hartha	14. Februar, 16 Uhr, Gaststätte »Strammer Leutnant«, Th.-Kunzemann-Straße 8, Döbeln
18	Torgau	15. Februar, 15 Uhr, Gaststätte »Germer«, Fischerstraße 8, Torgau
19	Meißen, Nossen, Lommatzsch	15. Februar, 16 Uhr, Hotel »Roß«, Großenhainer Straße 9, Meißen
20	Coswig/Weinböhla	17. Februar, 15.45 Uhr, »Sozialratshaus«, Mittelfeld 3, Coswig
21	Großenhain	16. Februar, 15 Uhr, Gaststätte »Schützenhaus«, Dresdner Straße 37, Großenhain
22	Riesa, Gröditz, Zeithain, Oschatz	16. Februar, 16 Uhr, Gaststätte »Sachsenhof«, Hauptstraße 65, Riesa

JAV-Wahlen

In 20 Betrieben aktiv

»JAV – Biss muss sein« war das Motto der JAV-Wahlen im letzten Jahr.

Biss(chen) mehr ging auch, da engagierte Betriebsräte und Jugendvertreter sich der Herausforderung stellten.

»Mitmischen – Mitbestimmen – Mitentscheiden« – früh übt sich, wer ein Meister darin werden will. So konnten bei Schmiedewerken Gröditz, Vallourec & Mannesmann, Elbestahlwerke Feralpi, Walzengießerei Coswig, Getriebefabrik Coswig, EAE (Ewert Automation Elektronik GmbH), Kronospan, Pierburg und Knürr Electronics die Wahlen abgeschlossen werden. Zurzeit werden die Wahlen in der Stema Grossenhain vorbereitet. Ein großer Erfolg. Also insgesamt zehn Unternehmen mit Jugendvertretungen. Da in fünf Unternehmen sogar eine Jugend- und Auszubildendenvertretung mit drei Mitgliedern gewählt werden konnte, sind nunmehr 20 »bissige« JAV's am Wirken. Herzlichen

Glückwunsch allen Gewählten. Wir freuen uns auf die gemeinsame Arbeit und wünschen den JAVs Spaß und Erfolg.



Jugendvertreter beim Wochenendseminar

Kurz notiert

Bürozeiten Büro Riesa

Montag, 13 bis 17 Uhr
Dienstag, 8 bis 12 und 13 bis 18 Uhr
Mittwoch, 8 bis 12 und 13 bis 17 Uhr
Donnerstag, 8 bis 12 und 13 bis 17 Uhr

Büro Döbeln

Fronstraße 16,
Telefon 034 31-679882,
Donnerstag 8.30 bis 16.30 Uhr

IG Metall-Bevollmächtigter Stefan Kademann

Ein Jahr neuer Herausforderungen



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
euch und euren Angehörigen wünscht die Verwaltungsstelle

Zwickau ein erfolgreiches und vor allem ein gesundes Jahr.

2004 war insofern erfolgreich, weil es uns allen gelungen ist, die durch das Jahr 2003 entstandene negative Mitgliederentwicklung wieder in einen positiven Trend umzukehren. Wir konnten also im Jahr 2004 über 1000 (!) Kolleginnen und Kollegen neu in unserer Mitte begrüßen. Dies ist das mit Abstand beste Ergebnis der letzten Jahre und auch ein Beweis, dass es gelingt, trotz schwieriger Rahmenbedingungen Menschen von der Wichtigkeit gewerkschaftlicher Interessenvertretung zu überzeugen. Vielen Dank an alle, die sich aktiv in unserer IG Metall eingebracht und wahrscheinlich auch so manchen Streit (im positiven Sinne) bestanden haben.

Mehr Mitglieder: Das ist nicht nur eine statistische Größe, sondern es ist die Erhöhung unserer gewerkschaftlichen Durchsetzungsfähigkeit. Und die ist dringend notwendig. Die Angriffe auf tarifliche Leistungen, Tarifverträge, das Betriebsverfassungsgesetz, die Mitbestimmung der Betriebsräte und auf soziale Standards innerhalb und außerhalb der Unternehmen werden nicht aufhören. Wenn wir uns erfolgreich wehren wollen, müssen wir viele sein. Wie wollen wir sonst die in uns gesetzten Erwartungen und unsere eigenen Ansprüche an eine bessere und sozialere Gesellschaft umsetzen?

Jetzt liegen die Statistiken vom Jahr 2004 vor: Die Unterneh-

mensgewinne (zumindest der großen) liegen auf Rekordniveau, die Einkommen der Arbeitnehmer sind real gesunken. Die Rentner mussten »Nullrunden« hinnehmen, weil die Reallohnentwicklung negativ war. Die Arbeitslosenzahlen steigen, obwohl solche »erfolgreichen« Instrumente wie Hartz IV und Ein-Euro-Jobs eingeführt wurden. Dies alles zeigt doch auf, dass eine neoliberal ausgerichtete Politik die Probleme in unserem Land nicht lösen kann. Die Auswirkungen haben wir alle mit dem Einzug der Rechten in den sächsischen Landtag schmerzhaft erfahren. Wenn den Menschen und vor allem der Jugend keine Perspektive geboten werden kann, wird dies wahrscheinlich kein Einzelfall bleiben. Dieser Entwicklung gilt es mit aller Kraft entgegenzutreten. Dabei müssen wir alle mitnehmen – jeder wird gebraucht.

Tarifpolitisch wird 2005 auch ein entscheidendes Jahr. Gelingt es uns, die weitere Zersplitterung der tarifpolitischen Landschaft aufzuhalten oder nicht? Die Zukunft der Tarifverträge im Kfz-Handwerk und des Bundesmontagetarifvertrags ist nach der Kündigung durch die Arbeitgeber ungewiss. Gelingt es uns nicht gegenzuhalten, werden wir weitere tariffreie Bereiche hinzubekommen. Das müssen wir verhindern, denn die Arbeitgeberverbände der anderen Branchen schauen genau, was in diesen Bereichen passiert. In der Metall- und Elektroindustrie Sachsen wird sich Ende Januar entscheiden, wohin die Reise geht. Gibt es in Sachsen dann überhaupt noch Tarifverträge? Mit Volkswagen hat sich der größte Arbeitgeber der neuen Bundesländer entschieden, dieser fatalen Politik des VSME den

Rücken zu kehren. Seit dem 1. Januar 2005 besteht Tarifbindung mit dem Berliner Verband VME. Das heißt im Klartext: Für die bei VW beschäftigten Arbeitnehmer bleiben die Tarifbindung und damit alle Ansprüche erhalten – die tarifliche Entwicklung ist für das Unternehmen und die Beschäftigten wieder planbar geworden.

Was wird aber aus den anderen? Schaffen wir es gemeinsam soviel Kraft zu entwickeln, um allen anderen Unternehmen klarzumachen, dass wir den Erhalt des Flächentarifvertrags, die Umsetzung der letzten Verhandlungsergebnisse und mit der Einführung von ERA auch in Sachsen einen modernen und zukunftsweisenden Tarifvertrag haben wollen? Wir müssen es einfach schaffen. Das ist jedenfalls meine Überzeugung, einen anderen Weg gibt es aus meiner Sicht nicht. Vernünftigerweise sollten wir den Unternehmen den Weg aufzeigen, den VW gegangen ist. Und wenn sie nicht wollen, dann müssen wir eben ein bisschen schieben.

Das Jahr 2005 wird also auch wieder kein einfaches Jahr. Es erfordert die Kraft von allen. Vielleicht gibt es auch keine »einfachen Jahre« mehr. Es gibt genug zu tun. Packen wir es also schnellstens an.

Gück Auf.

Außenstellen

► **7. und 21. Februar**, 15.30 bis 17.30 Uhr; Rechtsberatung jeden Mittwoch von 13 bis 17 Uhr, IG Metall-Außenbüro Plauen, Martin-Luther-Straße 42

► **3. und 17. Februar**, 15.30 bis 17.30 Uhr: ABC-Altmarkt 9, Sprechstunde Nebenstelle Auerbach

► **8. und 22. Februar**, 14 bis 18 Uhr: Büro Annaberg-Buchholz, Arbeitsamt Annaberg, Zimmer 127, Dresdner Straße 22

► **24. Februar**, 15.30 bis 17.30 Uhr: Haus der Vereine, Fritz-Ebert-Straße 25, Nebenstelle Reichenbach

► **2. und 16. Februar**, 14 bis 17.30 Uhr, Lindenstraße 3, Nebenstelle Klingenthal

► jeden Donnerstag von 14 bis 17 Uhr, Ernst-Bauch-Straße 9 in Aue

Sprechstunden des Rentenversicherterberaters:

Termine mit Karl-Heinz Madlung bitte telefonisch unter 037 61-804240 vereinbaren. Er berät zur Rentenantragstellung, Kontenklärung und überprüft Rentenbescheide.

Spende überwiesen

Die Kolleginnen und Kollegen der BBT Thermotechnik GmbH Neukirchen haben dem SOS Kinderdorf in Südasien insgesamt 1600 Euro überwiesen. Vielen Dank

Aus den Betrieben

Lengsfelder Maschinen und Stahlbau GmbH

Die LMS GmbH befindet sich seit Mai 2003 in Insolvenz. Seit dieser Zeit führt der Verwalter das Unternehmen weiter. Beschäftigt sind 44 Arbeitnehmer. Mit Hilfe aus dem Betriebsrätefonds wird ein neues Konzept erarbeitet.

Malitex GmbH

Genau zehn Tage vor Weihnachten wurde die Belegschaft über die Insolvenzbeantragung informiert. Knapp drei Stunden später wurde per Lkw und mit Hilfe von Leiharbeitern Material vom Hof gebracht. Für die 45 Mitarbeiter hieß das: Selbstkündigung zum Dezember 2004.